

ORIGINAL

A n t r a g

No.415/A
Präs.: 12. NOV. 1992
.....

der Abgeordneten Dr.Brünner, Dr.Hawlicek
und Kollegen

betreffend Bundesgesetz vom , mit dem das Bundesgesetz
vom 7.Juni 1990 zur Errichtung einer Museumsquartier-
Errichtungs- und Betriebsgesellschaft geändert und über
Bundesvermögen verfügt wird.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Das Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-
Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl.Nr.372/1990, wird
wie folgt geändert:

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-
Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl.Nr.372/1990, wird
wie folgt geändert:

1.) § 2 Abs.1 lautet:

"(1) Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung hat im
Interesse einer wirtschaftlichen und zügigen Abwicklung im
Einvernehmen mit den Bundesministern für Finanzen und für wirt-
schaftliche Angelegenheiten der Gesellschaft die Planung, den
Bau, die Erhaltung, die Liegenschaftsverwaltung und die
Betriebsführung sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen
Verfügungen zwecks Gestaltung von Teilen oder des ganzen Areals
als Museumsquartier zu übertragen."

2.) Im § 2 wird folgender Absatz 2 angefügt:

"(2) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, der Gesell-
schaft an der Liegenschaft EZ 320, KG Neubau bestehend aus den
Grundstücken Nr.266, Nr.267, Nr.268, Nr.1863/10, Nr.1863/11,
Nr.1863/12 ein unentgeltliches Fruchtgenußrecht auf unbestimmte
Zeit einzuräumen."

./.

- 2 -

3.) § 5 lautet:

"Die Gesellschaft kann sich von der Finanzprokurator unbeschadet der Rechte und Pflichten der Gesellschaftsorgane rechtlich beraten und vertreten lassen."

4.) § 6 lautet:

- "Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich
1. des § 2 (2) der Bundesminister für Finanzen,
 2. im übrigen der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit den Bundesministern für wirtschaftliche Angelegenheiten und für Finanzen
- betraut."

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zuzuweisen.

Schwarz *Haas*
Müller *Heubach*
Schulz

B e g r ü n d u n g

Allgemeines:

In Vollziehung des Bundesgesetzes vom 7. Juni 1990, BGBl Nr.372/1990, hat der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit den Bundesministern für Finanzen und für wirtschaftliche Angelegenheiten die Planung, den Bau, die Erhaltung, die Liegenschaftsverwaltung einschließlich miet- und pachtrechtlicher Dispositionen sowie die Betriebsführung des auf dem Areal in 1070 Wien, Messeplatz zu errichtenden Museumsquartiers der "Museumsquartier-Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H." mit Vertrag vom 23. Mai 1991 übertragen.

Zur Stärkung der zivilrechtlichen Stellung der zu 75 % im Eigentum des Bundes und zu 25 % im Eigentum der Stadt Wien stehenden Gesellschaft gegenüber Dritten sollen der Gesellschaft nunmehr in einem zweiten Schritt ein Fruchtgenußrecht und weitere Verfügungsermächtigungen eingeräumt werden. Damit wird die Stellung der Gesellschaft als Vermieterin im Sinne des Mietrechtsgesetzes sowohl für den Altbestand als auch für die wirtschaftliche Verwertung der künftigen Drittnutzungen in den neu zu errichtenden Bereichen eindeutig und zweifelsfrei festgestellt. Der Übertragungsvertrag reicht hiezu trotz Verbindlichkeit im Innenverhältnis gegenüber Dritten nicht aus.

Die Einräumung eines Fruchtgenußrechtes war von Anfang an beabsichtigt, wurde aber zunächst zurückgestellt, weil die Gesellschaft möglichst kurzfristig tätig werden sollte und die einzelnen Nutzungsbereiche (staatliche Museen, Privatmuseen, gemischte Bereiche, Kommerzbereich) erst definiert werden mußten. Die Einräumung eines Fruchtgenußrechtes steht in keinem Zusammenhang mit dem laufenden Flächenwidmungsverfahren und der damit verbundenen öffentlichen Diskussion, die im übrigen ein allgemeines Bekenntnis zum Begriff und Inhalt des Museumsquartiers und zum vorgesehenen Standort ergeben hat. Unabhängig von Fragen der Höhe, der architektonischen Gestaltung etc. der neu zu errichtenden Gebäude muß der erhalten bleibende Bestand nach dem Auszug der "Wiener Messen und Congress Gesellschaft m.b.H." saniert und adäquaten neuen Nutzungen zugeführt werden. Schon allein für die dazu erforderlichen Maßnahmen benötigt die Gesellschaft die Rechtsstellung eines Fruchtnießers.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

- § 2 Die der Gesellschaft übertragenen Aufgaben werden präzisiert und der Gesellschaft wird ein Fruchtgenußrecht eingeräumt. Nach dem ABGB hat der Fruchtnießer grundsätzlich Anspruch auf den vollen Ertrag (das, was nach Abzug aller nötigen Ausgaben übrigbleibt); beim Museumsquartier sollen durch eine privatwirtschaftliche Gestionierung bei den Drittvermietungen die laufenden Kosten der öffentlichen Nutzungen erwirtschaftet werden, Gewinne im eigentlichen Sinn können aus dem Betrieb des Museumsquartiers jedoch nicht erwartet werden. Dementsprechend ist in § 3 eine Kostenersatzpflicht des Bundes für die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Kosten des Museumsquartiers normiert. Das Fruchtgenußrecht soll der Gesellschaft daher unentgeltlich eingeräumt werden; dies kommt dem Wesen des Fruchtgenußrechtes am nächsten und ist für den Bund wegen der bestehenden Kostenersatzpflicht nicht nachteilig.
- § 5 Es wird eine fakultative Vertretungsbefugnis der Finanzprokurator vorgesehen. Nach derzeitiger Gesetzeslage ist die Prokurator ausschließlich zur Vertretung der Republik Österreich (des Bundes) berufen; über Anregung der Prokurator soll sich auch die Gesellschaft durch die Finanzprokurator rechtlich beraten und vertreten lassen können.
- § 6 Die Vollzugsklausel trägt dem Umstand Rechnung, daß die Einräumung eines Fruchtgenußrechtes als Verfügung über unbewegliches Bundesvermögen durch den Bundesminister für Finanzen zu erfolgen hat. Die restlichen Bestimmungen bleiben unverändert.

In formaler Hinsicht wird darauf hingewiesen, daß § 2 Absatz 2 (Einräumung eines Fruchtgenußrechtes) gemäß Artikel 42 Absatz 5 B-VG nicht der Mitwirkung des Bundesrates unterliegt.